

**13.12.23****Antrag**  
**des Landes Nordrhein-Westfalen**

---

**Entschließung des Bundesrates „Antisemitismus effektiv bekämpfen - Existenzrecht Israels schtzen“**

Der Ministerpräsident  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 12. Dezember 2023

An die  
Präsidentin des Bundesrates  
Frau Ministerpräsidentin  
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Bundesratsprsidentin,

die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, dem Bundesrat  
den als Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates „Antisemitismus effektiv bekämpfen –  
Existenzrecht Israels schtzen“

zuzuleiten.

Ich bitte, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates  
in die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 15. Dezember 2023 aufzu-  
nehmen und anschließend den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Gren  
Hendrik Wüst



## **Entschließung des Bundesrates „Antisemitismus effektiv bekämpfen – Existenzrecht Israels schtzen“**

Der Bundesrat möge die folgende Entschließung fassen:

1. Der Bundesrat verurteilt jegliche Form des Antisemitismus auf das Schärfste. Er sieht mit Sorge, dass es nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel zu einer Zunahme antisemitischer Vorfälle sowie zu antiisraelischen Hassdemonstrationen gekommen ist, bei denen das Existenzrecht Israels geleugnet und zur Beseitigung des israelischen Staates aufgerufen wurde. Der Bundesrat bekräftigt vor diesem Hintergrund, dass sowohl das Existenzrecht des Staates Israel als auch die Sicherheit jüdischer Menschen in Deutschland zur deutschen Staatsräson gehören. Wenn diese Prinzipien angegriffen werden, muss sich Deutschland als wehrhafter Rechtsstaat erweisen und bewähren.
2. Wer das Existenzrecht Israels leugnet, wendet sich gegen die Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland und kann daher nicht deutscher Staatsbürger werden. Der Bundesrat hält es deshalb für notwendig, im Staatsangehörigkeitsrecht vorzusehen, dass ein glaubhaftes Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel als Ausprägung deutscher Staatsräson Voraussetzung für die Einbürgerung ist.
3. Der Bundesrat hält es zudem für erforderlich, Aufrufe zur Beseitigung des Staates Israel im Rahmen oder aus Anlass von Demonstrationen effektiv und konsequent zu bekämpfen. Die zuständigen Behörden – vor allem die Einsatzkräfte der Polizei – benötigen mehr Klarheit darüber, wann sie eingreifen können. Dazu muss das Strafrecht den Gefährdungen des öffentlichen Friedens, die sich aus der Leugnung des Existenzrechts des Staates Israels ergeben, ausreichend Rechnung tragen. Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung auf zu prüfen, wie der Straftatbestand der Volksverhetzung ausdrücklich auf Störungen des öffentlichen Friedens erweitert werden kann, die sich aus der Leugnung des Existenzrechts Israels ergeben.
4. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, zeitnah in Abstimmung mit den Innen- und Justizministern der Länder entsprechende Vorschläge zur Änderung des Straf- und Staatsangehörigkeitsrechts zu entwickeln.